



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

F/VII/119 - 24.5.1952

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 376 54-59  
Fernschreiber 039 890

Wegner zur Unterzeichnung des Generalvertrages	S. 1
Belgische Katholiken und das Franco-Regime	S. 3
Die Intelligenzler in der Sowjetzone	S. 4
Jungsozialisten und Generalvertrag	S. 5

## Unangebrachte Feiern

Von Herbert Wegner, M.d.B.

Der festliche Rahmen, den die Bundesregierung der Unterzeichnung des Generalvertrages durch die Aussenminister der USA, Grossbritanniens, Frankreichs und der Bundesrepublik zu geben versucht, passt schlecht zu dem Bild, für das er bestimmt ist. Ungeachtet aller Bemühungen der Zeremonienmeister des Bonner Protokolls können die Veranstaltungen die Herzen des Volkes nicht erwärmen. Sogar bei vielen Teilnehmern der offiziellen Feierlichkeiten herrschen zwiespältige Gefühle.

Man weiss es zu würdigen, dass die Aussenminister der drei Westmächte sich mit dem Bundeskanzler auf deutschem Boden treffen. Aber was weiss die deutsche Öffentlichkeit vom Inhalt des Vertragswerkes, das sie in Bonn mit ihren Unterschriften besiegeln? Der Unterzeichnungsakt von Bonn ist nur das Vorspiel zum unmittelbar darauf folgenden Akt der Unterzeichnung des Abkommens über die "Europäische Verteidigungsgemeinschaft" in Paris. Die in Bonn gegebenen Unterschriften gelten einem Vertragswerk, das an die Stelle des Besatzungsstatuts rückt. Genau besehen werden die Bestimmungen des Besatzungsstatuts gerade so weit geändert, als es notwendig erscheint, damit der von den drei Westmächten besetzte Teil Deutschlands den ihm zugedachten Platz in der Maschinerie der "Europäischen Verteidigungsgemeinschaft" ausfüllen kann.

Der Unterzeichnungsakt von Bonn bringt keinen Gnadenbeweis für die noch im Gewahrsam der westlichen Länder befindlichen verurteilten oder unter Anklage gestellten deutschen Kriegsgefangenen.

Das in Bonn unterzeichnete Vertragswerk beendet nicht die wirtschaftlichen Diskriminierungen, sondern besiegelt

ihre Fortdauer.

Die finanzielle und wirtschaftliche Belastung, die der in den Verträgen niedergelegte sogenannte Verteidigungsbeitrag mit sich bringt, droht zu schweren Erschütterungen unseres Sozialgefüges und zu einer Schwächung der sozialen Widerstandskraft zu führen.

Wenn nach der Unterzeichnung die Vertragstexte in vollem Umfang und in allen Einzelheiten bekannt werden, wird sogar mancher Teilnehmer an den Bonner Regierungsfeierlichkeiten Bedenken und Befremden schwer zu unterdrücken vermögen. Wer von ihnen wird sich die Tatsache eingestehen, dass er nur Statist auf der politischen Bühne gewesen ist? Wer will seinem eigenen Gewissen und dem Volke gegenüber diese Statistenrolle verteidigen?

Dem Bundeskanzler und einigen wenigen seiner Ratgeber wird man zubilligen dürfen, dass sie wissen, was sie tun. Aber es kann doch nicht der Inhalt deutscher Politik sein, dem Bundeskanzler einfach auf Treu und Glauben zu folgen. Seine Entscheidungen, die in diesem Falle an die Wurzeln der Existenz der deutschen Nation rühren, sollten unbestechlich geprüft, gewogen und zum Gegenstand sachlichster Auseinandersetzungen gemacht werden.

Bundeskanzler Dr. Adenauer hat mit dem ganzen Gewicht seines persönlichen Einflusses bewirkt, dass die Abgeordneten der Regierungsparteien im Bundestag - ungeachtet vieler, auch in ihren Reihen laut gewordener Bedenken - schliesslich darauf verzichtet haben, über die Vertragstexte vor der Unterzeichnung eingehend informiert zu werden, um noch Stellung nehmen zu können. Nach der Unterzeichnung durch den Bundeskanzler bleibt den vom Volke gewählten Abgeordneten nur noch die Möglichkeit, das Vertragswerk im Ganzen abzulehnen oder zu schlucken. In diese Zwangslage hätte sich das Parlament nicht drängen lassen dürfen. Dieser Verzicht auf eine aktive Einwirkung des Parlaments auf die Verhandlungen über die Gestaltung folgenschwerer Vertragsbestimmungen belastet das Ansehen der Demokratie und hat beinahe zwangsläufig zu einer Erhitzung der politischen Atmosphäre geführt.

Die Sozialdemokratie vermag in dieser Lage gar nicht anders zu handeln, als dem Volke darzulegen, was der tatsächliche Inhalt der vom Kanzler ausgehandelten Verträge ist, und welche Folgen diese Verträge für Deutschland hätten, wenn ihre endgültige Annahme nicht verhindert würde. Dem Bundeskanzler, der in jüngster Zeit sogar die ihm brieflich gemachten Vorschläge des SPD-Vorsitzenden Dr. Schumacher zur Förderung der Bemühungen um die deutsche Einheit unbeantwortet liess, steht es schlecht an, die aus tiefster Sorge um die deutsche Entwicklung geborenen kritischen Bemerkungen Dr. Schumachers - aus dem Zusammenhang gelöst - zum Gegenstand öffentlicher Zurechtweisung zu machen.

Die SPD nimmt nicht für sich in Anspruch, die einzige deutsche Partei zu sein, aber sie bestreitet jeden solchen Anspruch anderer Parteien. Die SPD wurzelt fest im demokratischen Boden. Es ist ihr Anliegen, dass die Demokratie sich die in der Geschichte einmalige Chance nicht aus der Hand schlagen lasse, das Ringen um die friedliche Wiedervereinigung des von den Besatzungsmächten gespaltenen Deutschland erfolgreich durchzuführen. Wenn die Sprecher der Sozialdemokratie aus Anlass der unangebrachten Feierlichkeiten um die Unterzeichnungsakte von Bonn und Paris in erster Linie auf die Gefahr der Besiegelung der Teilung Deutschlands für unabsehbare Zeit hinweisen, die aus diesen Vertragswerken erwächst, so bringen sie damit Sorgen zum Ausdruck, die heute alle Schichten unseres Volkes bedrücken.

Es geziemt uns nicht, Feste zu feiern, wenn die Bevölkerung der sowjetischen Besatzungszone von den rasend gewordenen Staatshaltern der sowjetischen Besatzungsmacht gepeinigt und als Faustpfand geknebelt wird. Wir können nicht Flaggen setzen, wenn die Drangsalierungen gegen die Einwohner Berlins neu beginnen. Wenn der Bundeskanzler sich durch seine Unterschrift gebunden hat, Deutschlands Lebensfrage - die Wiedervereinigung durch freie Wahlen - künftig nur noch als die ferne Möglichkeit einer Ausweitung der Montanunion und des Pariser Militärpaktes zu betrachten, so muss eben das deutsche Volk selbst klar zum Ausdruck bringen, dass es von den vier Besatzungsmächten sichtbare Anstrengungen verlangt, endlich eine Übereinkunft zustande zu bringen, die dem deutschen Volke in allen vier Zonen und Berlin die Möglichkeit gewährleistet, durch freie Wahlen die Wiedervereinigung zu vollziehen. Dieses Anliegen ist um so dringender, als die grosse Mehrheit unseres Volkes unter keinen Umständen die deutsche Einheit als Propagandamittel in den Händen der Beauftragten des Herrn Ulbricht missbraucht sehen will.

+ + +

Katholischer Protest gegen Franco

Von unserem belgischen P.H.-Korrespondenten

Der eucharistische Kongress, der Ende Mai hunderttausende von gläubigen Katholiken nach Barcelona führen soll, wird von der Regierung Francos zu einer derartigen Propagandaaktion für ihr Regierungssystem und die Falange ausgebaut, dass auch die katholischen Kreise unruhig werden. Der erste katholische Protest gegen die politische Ausschlichtung der ursprünglich rein religiös-kirchlichen eucharistischen Kongressidee ist eben von der katholischen belgischen Universität Löwen erfolgt.

Dreizehn Professoren und einundzwanzig Studentenfürher <sup>richtest ca,</sup> /im Namen nahezu aller an der Universität vertretenen studentischen Organisationen, einen Appell an die katholische Welt und den Vatikan, nicht zuzulassen, dass Franco den eucharistischen Kongress mit seinem Regime identifiziert. In dem Appell wird darauf hingewiesen, dass die faschistische Falange 10.000 Jugendliche und 20.000 Frauen in einer Bittprozession für Franco vor dem Kongress demonstrieren lassen will und dass das "Zentrum nationaler Synkalisten", die Arbeitsfront Francos, 25.000 Arbeiter nach Barcelona schaffen will, um den Teilnehmern am eucharistischen Kongress vorzugaukeln, dass die spanische Arbeiterschaft hinter Franco stünde.

Demgegenüber wird in dem Protest der Professoren und Studenten der Universität Löwen betont:

"Wir meinen, dass der religiöse Charakter des Kongresses dadurch kompromittiert wird und die Kirche in den Augen der Welt mit den Kräften der Unterdrückung verbunden erscheint, wenn die Kongressleitung diese Demonstrationen des franquistischen Regierungssystems auf dem Kongress duldet".

+ + +

Die Intelligenzler in der Sowjetzone

- g - Jena

Die technische Intelligenz steht heute bei den Machthabern der Sowjetzone in höchstem Kurs. Eine neue Gesellschaftskaste wird hier herangezüchtet, zu der ausserdem die "Helden der Arbeit", die Superaktivisten und die Meisterbrigadiere zählen. Sie werden mit materiellen Vorteilen und Vorzügen aller Art ausgestattet, die - gemessen an dem Lebens- und Sozialstandard der ostzonalen Arbeiterschaft - geradezu aufreizend wirken. Einzelverträge, Prämien, "Intelligenz-Pakete", Steuervergünstigungen, bevorzugte Wohnraumbeschaffung, Titel und sonstige Auszeichnungen sind die wichtigsten Mittel, mit denen die Aktivistenbewegung weiter gefördert und die technischen Intelligenzler bei der Stange gehalten werden sollen.

Dieser Tage erst kündigte der sowjetzonale Planungsminister Rau eine neue Erhöhung der Gehälter für die gesamte Intelligenz der volkseigenen Industrie an. Davon sollen auch Spitzenmeister, hervorragende Aktivisten und Bestarbeiter betroffen werden. 600 Einzelverträge wurden allein mit Spezialisten und führenden Intelligenzlern der Zeiss-Werke in Jena abgeschlossen, während den "gewöhnlichen" Arbeitern die entrechtenden Betriebskollektivverträge aufgezwungen werden, die die schwer erkämpften Rechte der Arbeiterschaft entscheidend einschränken und die sich eindeutig auf das sowjetische Arbeits- und Betriebsrecht stützen. Ausserdem werden in vielen Betrieben nunmehr besondere Kultur- und Verpflegungsräume für die technische Intelligenz und die Bestarbeiter eingerichtet, während die breite Masse der Belegschaften mit primitivsten Kantinen und Aufenthaltsräumen abgespeist wird.

Alle diese Massnahmen haben heftige Proteste unter den Belegschaften der volkseigenen Betriebe ausgelöst. Der Unwille über diese Form der vielgepriesenen "Klassenlosen Gesellschaft" wächst in der Sowjetzonen-Arbeiterschaft täglich; er erzeugt Spannungen, die immer mehr explosiven Zündstoff anhäufen.

+ + +

- 5 -

Zur Nation zweiter Klasse degradiert

## Zentralausschuss der Jungsozialisten tagte

(sp) Gegen die Unterzeichnung des Generalvertrages durch den Bundeskanzler protestierte der Zentralausschuss der Jungsozialisten Deutschlands, der am 22. und 23. Mai in Neustadt a.d.W. tagte, in einer scharfen Erklärung.

Der Generalvertrag verewige die unheilvolle Spaltung Deutschlands durch den "Eisernen Vorhang" und behalte das bisherige Besatzungsrecht unter neuem Namen bei. In der gegenwärtigen Fassung des Vertrages bleibe Deutschland auch weiterhin zur Nation zweiter Klasse degradiert. Damit werde der Glaube der Jugend an ein Vereinigtes Europa auf der Basis der Freiheit und Gleichberechtigung aller Völker aufs schwerste erschüttert. Die Entscheidung Dr. Adenauers und der Koalitionsparteien, den Generalvertrag zu unterzeichnen, ohne vorher das Parlament und das deutsche Volk über den konkreten Inhalt zu unterrichten, müsse als Verhöhnung des demokratischen Prinzips bezeichnet werden und sei geeignet, das Desinteresse der jungen Generation am demokratischen Staat zu vergrössern.

Der Zentralausschuss, der in seiner Tagung in Neustadt a.d.W. ferner Fragen des grossen IUSY-Camps Wien 1952 und andere organisatorische Fragen behandelte, nahm abschliessend noch Stellung zum 4. FDJ-Parlament, das an Pfingsten in Leipzig zusammentreten soll. Die FDJ habe sich seit 1946 immer mehr zu einem Instrument der sowjetischen Machthaber entwickelt und alle Prinzipien, die auf dem 1. Parlament in Brandenburg angenommen wurden, in der Zwischenzeit verraten. Die FDJ habe nicht das Recht, im Namen der Jugend der Ostzone zu sprechen. Die Jungsozialisten erklärten sich solidarisch mit der unterdrückten jungen Generation hinter dem "Eisernen Vorhang", die zum Schweigen verurteilt ist und sich nach einem geeinten Deutschland in Freiheit sehnt.

+ + +

---

Verantwortlich: Peter Raunau